



Sitzungsvorlage

Nr.:	241/2004
ausgefertigt am:	16.08.2004
Fachamt:	Amt Finanzielle Hilfen
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung– Kreisausschuss– Kreistag

Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - Hartz IV -

a) Umsetzung SGB II;

hier: Sachstandsbericht über die Wahrnehmung der zu erledigenden Aufgaben

b) Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu a):

Das Arbeitslosengeld II ersetzt ab dem 01.01.2005 auch für alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zwischen 15 und 65 Jahren und deren Angehörige die Sozialhilfe. Nach dem neuen Recht des SGB II sind grundsätzlich die Agenturen für Arbeit neben der Eingliederung in Arbeit (Vermittlung, Qualifizierung) für die Gewährung von Geldleistungen für den Lebensunterhalt zuständig, während die kommunalen Träger über die Leistungen für die Unterkunft, über einige verbleibende einmalige Beihilfen und bestimmte soziale Betreuungsleistungen zu entscheiden haben.

Für einen **Übergangszeitraum von bis zu neuen Monaten** ist im Gesetz festgelegt, dass bei Antragstellung vor dem 01.01.2005 die Arbeitsagenturen für Bezieher von Arbeitslosenhilfe und die Sozialämter für die Bezieher von Sozialhilfe alle Geldleistungen bewilligen. Darüber hinaus sind auch Übergangsregelungen vorgesehen, die die Weiterführung der von den Sozialämtern bereits begonnenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sicherstellen. Vereinbarungen über die gemeinsame Ausgestaltung der Übergangsbestimmungen werden zurzeit zwischen dem Landkreis und den Arbeitsagenturen geschlossen.

Im Kreisgebiet erhielten am 30. Juni 2.970 Haushalte mit insgesamt rund 6.700 Personen Sozialhilfe. Die meisten von ihnen erhalten den Antragsvordruck für die notwendigen Leistungen vom Landkreis für das Stadtgebiet und für die Gemeinde Nordholz oder von Delegationsgemeinden. Nur wenn zum Haushalt auch ein Empfänger von Arbeitslosenhilfe zählt, kommt das Schreiben von der Agentur für Arbeit. Da nicht alle Anträge zeitgleich wieder angenommen werden können, werden die Unterlagen über einige Wochen zeitversetzt verschickt. Die Sozialämter werden mit der Zusendung der Unterlagen darüber informieren, welche Mitarbeiter für Beratungen und persönliche Abgabe der Anträge zur Verfügung stehen. Für diesen Beratungsaufwand hat die Kreisverwaltung drei Mitarbeiter in Cuxhaven eingesetzt. Die Delegationsgemeinden haben einen ähnlichen „Bearbeitungsplan“ erstellt.

Allen Antragstellern wurde empfohlen, die Anträge möglichst bald persönlich abzugeben. Wer bis November oder gar Dezember damit wartet, riskiert, dass seine Leistungen nicht mehr rechtzeitig zum 01. Januar ausbezahlt werden können. Für eine zügige Bearbeitung sei es auch unbedingt erforderlich, dass die Anträge vollständig ausgefüllt und mit allen geforderten Nachweisen und Unterlagen versehen werden.

Zur Vorbereitung der komplexen Reform hat der Landkreis bereits vor Monaten eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Vertretern der Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade und der kreisangehörigen Gemeinden gebildet. Mit den Verwaltungschefs der Gemeinden war bereits im Juni vereinbart worden, dass ihre Verwaltungen auch in diese neue Aufgabe wie bisher wesentlich eingebunden bleiben. Mit den Direktoren der Arbeitsagenturen wurde Einigkeit darüber erzielt, dass unabhängig von den späteren rechtlichen und organisatorischen Gestaltungsmöglichkeiten im Interesse der Betroffenen auf jeden Fall eine sehr enge Kooperation der beteiligten Leistungsträger erforderlich ist. Vorrangiges Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, den Betroffenen pünktlich zum 01.01.2005 die notwendigen Leistungen zu gewähren.

Die so genannte Option, d.h. die Erfüllung **aller** Aufgaben nach dem SGB II durch den Landkreis drängt sich im gegenwärtigen Stadium nicht auf, zumal nur sechs bis acht kommunale Träger in Niedersachsen in die Experimentierklausel nach § 6 a SGB II einbezogen werden sollen.

Zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit Aufgabenübertragung wird ebenfalls im Nachfolgenden Position bezogen.

Beschlussvorschlag:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu b):

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 28. Juli 2004 folgenden Antrag gestellt:

„Die Fraktion beantragt eine umfassende Information zum „Kommunalen Optionsgesetz nach dem SGB II“ und einen Sachstandsbericht zur geplanten Umsetzung des „Kommunalen Optionsgesetzes“ im Landkreis Cuxhaven.

Die Ausschüsse werden entsprechend der unten angeführten Fragen umfassend informiert. Es ist

- 1. eine entscheidungsreife Vorlage zu erstellen und**
- 2. der Tagesordnungspunkt „Umsetzung des kommunalen Optionsgesetzes im LK Cuxhaven“ in der nächsten Kreistagssitzung mit Beschlussvorschlag zu behandeln.**

Fragen:

1. Nach dem kommunalen Optionsgesetz § 6a ff haben die Kommunen und Landkreise die Möglichkeit, im Rahmen der Experimentierklausel die Betreuung der ALG II-Empfänger selbst zu übernehmen, dies erfolgt auf Antrag. Insgesamt besteht diese Möglichkeit für insgesamt 69 Kommunen/Landkreise bundesweit, in Niedersachsen davon 8 Kommunen/Landkreise.
Hat der Landkreis einen solchen Antrag gestellt oder beabsichtigt er, die Option zu ziehen? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus dieser Variante?
2. **Sofern der Landkreis den o.g. Antrag nicht gestellt hat/nicht stellen wird, plant der Landkreis Cuxhaven die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE), deren Gründung der § 44b SGB II ermöglicht? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus dieser Variante?**
3. **Welche Schritte unternimmt der Landkreis Cuxhaven zur Gründung dieser ARGE bzw. befindet sich der Landkreis bereits in Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit zur Bildung eben dieser und wenn nein, warum nicht? Welche Agenturen sind in diese Verhandlungen mit einbezogen (Agentur für Arbeit Cuxhaven, Bremerhaven, Otterndorf) und wie ist der derzeitige Stand?**
4. **Die Gründung einer ARGE schließt die Mitarbeit/Kooperation von Dritten (Wohlfahrtsverbände, Schuldner-, Sucht-, Frauen-Beratungsstellen etc.) ausdrücklich ein. Sind diese Kooperationspartner bereits am Prozess der Gründung einer ARGE beteiligt?**

Sollte die Landkreisverwaltung weder das eine noch das andere Modell bisher in Angriff genommen haben, wie sieht die Zukunft dann ab 2005 aus:

5. **Von wem und inwieweit werden die ALG II-Empfänger ab 2005 vom Landkreis Cuxhaven betreut?**
6. **Da es ab 2005 keine BSHG/öffentlich geförderten Maßnahmen mehr gibt, weil die gesetzliche Grundlage dann fehlt, stellt sich die Frage nach Alternativen für die einzelnen (Samt)Gemeinden sowie die Stadt Cuxhaven.**
7. **In welchem Verhältnis steht das Pro-Aktiv-Center (PACE), das ja aus Landesmitteln finanziert wird und die arbeitslosen Jugendlichen fokussiert, zu dem SGB II und den darin enthaltenen gesetzlichen Regelungen zur Betreuung von Jugendlichen?**

8. Welche Zukunft hat PACE? Gibt es bereits eine Planung für die kommenden Jahre? Wer sind die Kooperationspartner?
9. Welche Zukunft haben die Landkreiskantine, der soziale Betrieb „Relectro“, andere Einrichtungen im Landkreis, in denen bisherig arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger beschäftigt wurden?
10. Welche Zukunft haben Bildungseinrichtungen, die bislang die berufliche Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern im Landkreis durchgeführt haben?
11. Plant der Landkreis, die Aufgabe nach § 22 SGB II (Leistung für Unterkunft und Heizung), die in vielen Gemeinden/der Stadt Cuxhaven von diesen selbst bearbeitet wurden, dort zu belassen oder plant der Landkreis, diese Aufgabe auf sich selbst zurück zu übertragen?
12. Wo verbleiben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Sozialämtern, die bislang mit der Zahlbarmachung von Sozialhilfe betraut waren bzw. die bislang die „Hilfe zur Arbeit“ organisiert haben?“

Zu den Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

- Zu 1.: Die kommunalen Träger werden auf Antrag vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit als Träger zugelassen, wenn sie sich zur **Schaffung einer besonderen Einrichtung** und zur Mitwirkung nach § 6c SGB II verpflichtet haben. Der Antrag kann bis zum 15. September 2004 mit Wirkung ab **01. Januar 2005** gestellt werden. Die Zulassung wird für einen Zeitraum von sechs Jahren erteilt.
- Das zuständige Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr hat am 30. Juli 2004 die Ausschreibungsunterlagen für die Wahrnehmung der kommunalen Option sowie Hinweise zum Antrags- und Auswahlverfahren veröffentlicht.
- Für die danach geforderte Schaffung einer besonderen Einrichtung gemäß Art. 106 Abs. 8 GG (sachlich und personell abgrenzbare Einheit der Kommune) für mindestens 15.000 Personen, die sich aus 3.000 Fällen, die derzeit Hilfe zum Lebensunterhalt und 4.500 Fälle, die gegenwärtig Arbeitslosenhilfe erhalten, ergeben, sind im Landkreis Cuxhaven die vorhandenen Strukturen nicht ausreichend bemessen.
- Eine Veränderung bzw. Erhöhung des Status Quo, der in personeller und sächlicher Hinsicht auf eine Fallzahl von 3.000 Fällen beruht, um 150 v.H. ist bis zum 01. Januar 2005 nicht zu realisieren. Darüber hinaus sind die erheblichen finanziellen Risiken, die mit einem derartigen Engagement verbunden sind, und die Wirtschaftsstruktur des Landkreises in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen.
- Zu 2., 3. u. 4.: Mit der Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft würde die bisherige vielgestaltige Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Sozialhilfeträger abgelöst und in einer neuen Rechtsform institutionalisiert werden. Eine derartige Aufgabenübertragung wirft eine Vielzahl von verfassungs-, aufsichts-, personal- und haushaltsrechtlichen Fragen auf. Der Landkreis und die Delegationsgemeinden würden ihre Aufgaben an die Arbeitsgemeinschaft abgeben, ohne dafür Mitgestaltungsrechte zu erhalten. Der Landkreis müsste darüber hinaus als Gesellschafter die umfassenden Finanzrisiken tragen.
- Über die operative Umsetzung der zu erledigenden Aufgaben würde der Geschäftsführer, der unmittelbar weder den entsprechenden Gremien und der lokalen Politik noch der Bundesagentur für Arbeit, sondern der Gesellschafterversammlung verantwortlich ist, entscheiden.
- Mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade ist vereinbart worden, dass unter der Federführung des Landkreises, der in diesen Handlungsfeldern auch operativ für das Stadtgebiet Cuxhaven und für die Gemeinde Nordholz zuständig ist, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die die Aufgabe hat, ein Konzept für eine effektive und effiziente Zusammenarbeit nach der jetzigen Übergangsphase zu entwickeln.

- Zu 5.: Gemäß den Festlegungen in § 65 a SGB II ist mit den Arbeitsagenturen Bremerhaven und Stade für einen Zeitraum von bis zu 9 Monaten vereinbart, dass bei Antragstellung vor dem 01.01.2005 die Arbeitsagenturen für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe und die Sozialämter für die Bezieher von Sozialhilfe alle Geldleistungen bewilligen. Darüber hinaus sind im Gesetz auch Übergangsregelungen vorgesehen, die die Weiterführung der von den Sozialämtern bereits begonnenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sicherstellen. Vereinbarungen über die Ausgestaltung der Übergangsbestimmungen werden zurzeit vom Landkreis und den Arbeitsagenturen erarbeitet.
- Zu 6., 9. u. 10.: Hierzu wird auf die grundsätzlichen Ausführungen des vorangegangenen Tagesordnungspunktes bzw. Unterpunktes und die Ausführungen zu Ziffer 12 (3. Absatz) verwiesen. Nach § 16 SGB II haben die Agenturen im Rahmen der Eingliederung die Möglichkeit, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen und Hilfebedürftige zu gemeinnützigen Arbeiten gegen Zahlung einer nicht anrechenbaren Mehraufwandsentschädigung einzusetzen. In welchem Umfang sie hiervon nach Auslaufen der Übergangsphase (§ 65 b) Gebrauch machen, liegt in der Entscheidung der Agenturen. Somit können auch die Fragen 9 und 10 nicht abschließend beantwortet werden. Allerdings haben die Agenturen Dritte bei der Leistungserbringung nach § 17 SGB II zu berücksichtigen.
- Zu 7. u. 8.: Die Regelungen in § 3 Abs. 2 SGB II sehen u.a. vor, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln sind.
- Hinsichtlich der Aufgabenstellung des Pro-Aktiv-Centers sind somit Parallelstrukturen für diesen Personenkreis vorhanden. Es ist daher unbedingt erforderlich, dass eine verbindliche Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit auf Basis einer vertraglichen Vereinbarung, ggf. unter personeller Beteiligung von Beratungskräften der Arbeitsämter in dem Pro-Aktiv-Center, ggf. in Außenstellen, zur Verbesserung der Service- und Betreuungsqualität beiträgt. Die jungen Menschen sollen durch gesteuerten und freien Zugang sowie aufsuchende Arbeit erreicht werden. Dadurch soll der Einstieg in den Bezug von Sozialleistungen durch „Sofortangebote“ und durch ein konsequentes zeitnahes Fallmanagement verhindert werden. Dabei werden die bewährten Organisationsprinzipien und -strukturen sowie die Erfahrungen von Trägern und Projekten einbezogen. Für jedes Pro-Aktiv-Center wird ein entsprechendes kommunales Konzept mit Qualitätsstandards und Zielindikatoren entwickelt.
- Nach den gegenwärtigen Informationen des Landes Niedersachsen stehen für die Förderung der Pro-Aktiv-Centren für die Jahre 2004 und 2005 ein Mittelvolumen von rd. 11 Mio. Euro zur Verfügung, davon sind 5 Mio. Euro Mittel des Europäischen Sozialfonds. Eine Fortsetzung der Förderung ist auf diesem Niveau eingeplant. Es gibt seitens des Landes Niedersachsen aber noch keine abschließenden Vorstellungen, in welcher Größenordnung dieses Projekt fortgeführt und in welcher Höhe künftig Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.
- Zu 11. u. 12.: Mit den Verwaltungschefs der Delegationsgemeinden besteht bereits seit einiger Zeit Einvernehmen, dass ihre Verwaltungen auch in die neuen Aufgaben wie bisher eingebunden werden. Da sich die Fallzahlenbearbeitung, wie auch bereits eingangs dargelegt, um 150 v.H. – mit steigender Tendenz – erhöhen wird, ist nach gegenwärtigen Erkenntnissen grundsätzlich nicht davon auszugehen, dass die bestehenden Personalkörper in den einzelnen Behörden trotz der geringen Bearbeitungszeit, die für die dann zu erledigenden Aufgaben auftreten wird, reduziert werden können.
- Die im Bereich der Hilfe zur Arbeit bislang tätigen MitarbeiterInnen der Koordinierungs- und Beschäftigungsstelle (KuB) verlieren mit dem 01.01.2005 – abgesehen von Restarbeiten, die mit den auflaufenden Qualifizierungsmaßnahmen und anderen Beschäftigungsverhältnissen zusammenhängen – ihren Aufgabenbereich. Sie sind in die übrigen Bereiche der Kreisverwaltung zu integrieren, wobei der Leiter der KuB ohnehin am 01.05.2005 in den passiven Teil der Altersteilzeit wechselt.
- Wie allerdings unter dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt/Unterpunkt ausgeführt worden ist, sind die Agenturen für Arbeit an einer Weiterarbeit der KuB im Rahmen von § 65 b SGB II stark interessiert. Wie diese übergangsweise Aufgabenwahrnehmung im Einzelnen aussehen könnte und wie sie zu entgelten wäre, wird zurzeit in Gesprächen mit den

Agenturen eruiert. Über die Zwischenergebnisse und endgültigen Vereinbarungen wird jeweils informiert werden.

Bielefeld